

Weinert, Günter

Article — Digitized Version

Beschäftigungsgipfel ohne neue Rezepte

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Weinert, Günter (1996) : Beschäftigungsgipfel ohne neue Rezepte, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 76, Iss. 4, pp. 162-163

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137338>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Beschäftigungsgipfel ohne neue Rezepte



Günter Weinert

Auf dem Beschäftigungsgipfel Anfang April in Lille berieten die Wirtschafts- und Sozialminister der G7-Staaten über Möglichkeiten und Wege zu mehr Beschäftigung – ein insbesondere für die westeuropäischen Länder drängendes Problem. Während die Arbeitslosigkeit hier langfristig deutlich gestiegen ist und zu Beginn dieses Jahres 11% der Erwerbspersonen erfaßte, ist sie in den USA nur etwa halb so hoch. Der gravierende Unterschied zwischen den USA und Westeuropa beruht nicht etwa auf einer günstigeren demographischen Entwicklung in den USA; maßgeblich ist vielmehr die weitaus größere Dynamik der Beschäftigungsausweitung dort. Bei einer Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion in den letzten zwanzig Jahren in beiden Regionen um jeweils 2% p.a. stieg die Zahl der Beschäftigten in den USA um etwa 40%, in Westeuropa hingegen nicht einmal um 10%; in den eineinhalb Jahrzehnten zuvor war die Diskrepanz ähnlich. Die unterschiedliche Konjunktorentwicklung in den letzten Jahren hat die Unterschiede zwar deutlich akzentuiert. Sie sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Kern des westeuropäischen Beschäftigungsproblems nicht konjunkturell bedingt ist.

In Westeuropa ist das amerikanische „Job-Wunder“ häufig mit dem Hinweis diskreditiert worden, es seien vor allem Stellen mit geringen Qualifikationsanforderungen und niedriger Entlohnung entstanden. Entgegen diesem Vorurteil lagen die Löhne aber bei fast zwei Dritteln der in den letzten Jahren geschaffenen Stellen über dem durchschnittlichen Stundenverdienst. Auch wenn diese Relation in langfristiger Betrachtung ungünstiger sein mag – das beschäftigungsintensive Wachstum in den USA weist auf ein beschäftigungsfreundlicheres Umfeld als in Westeuropa hin.

Eine wichtige Rolle für die Ausweitung der Beschäftigung spielte offenbar die Entwicklung der Arbeitskosten. In den USA sind die durchschnittlichen Stundenlöhne seit Anfang der achtziger Jahre real deutlich gesunken. Beschäftigungsfördernd wirkte zudem die größere Flexibilität am Arbeitsmarkt, die sich u.a. aus einer vergleichsweise hohen beruflichen und räumlichen Mobilität der Arbeitskräfte ergibt, aber auch aus einer geringeren sozialen Absicherung. Die europäischen Regierungen lehnen eine „Hire and Fire-Kultur“ ab. Aber die Möglichkeiten zur Erhaltung der eng geknüpften sozialen Sicherheitsnetze haben angesichts der überdurchschnittlichen Expansion der Sozialausgaben in den vergangenen Jahrzehnten und der erreichten hohen Staatsquoten merklich abgenommen. Auch der arbeitsmarktpolitische Handlungsspielraum ist unter diesen Umständen weitgehend ausgeschöpft.

Seit einiger Zeit steigen die Löhne in Westeuropa real wenig. Positive Beschäftigungseffekte sind allerdings nicht so kurzfristig zu erwarten, wie gegenwärtig etwa in Deutschland manche „Bündnis-Strategien“ annehmen. Erst wenn die Lohnzurückhaltung als dauerhaft angesehen wird, kommt es zu den erwünschten Änderungen in den Personal-, Investitions- und Standortdispositionen der Unternehmen. Bei alledem müssen schließlich auch die Lohnnebenkosten ins Kalkül gezogen werden. Sollen sie nachhaltig gesenkt werden, sind

auch Einschnitte ins soziale Leistungsnetz unvermeidlich, wie sie in einigen Ländern inzwischen vorgenommen worden sind.

Ein stärkeres Wachstum könnte erheblich zur Entlastung des Arbeitsmarktes beitragen. Die Vorstellungen der G7 über den Weg zu höherem Wachstum gehen indes auseinander. Während Konsens über die Notwendigkeit einer Verbesserung der Angebotsbedingungen – durch Bildung und berufliche Qualifikation sowie die Anpassungsfähigkeit der Volkswirtschaften strukturell steigernde Anstrengungen – besteht, tritt insbesondere Frankreich für Ankurbelungsprogramme alten Stils ein. Finanzpolitische Nachfragepolitik ist aber gegenwärtig in Westeuropa schon deshalb problematisch, weil die Etats „ausgereizt“ sind. Konsolidierung wird schließlich in den europäischen Ländern nicht nur im Hinblick auf Maastricht angestrebt. Auch in Nordamerika hat die Verringerung der Budgetdefizite Priorität. Sie haben in den vergangenen Jahrzehnten einen erheblichen Teil der jeweiligen volkswirtschaftlichen Ersparnisbildung einer rentablen Verwendung entzogen, da sie in großem Umfang nur für konsumtive Zwecke eingesetzt wurden. Die Zinsen wären sonst sicherlich längerfristig niedriger gewesen und hätten mehr private Investitionen angeregt.

Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen in Westeuropa übt einen dämpfenden Einfluß auf die Kapitalmarktzinsen aus. Niedrige langfristige Zinsen setzen aber auch geringe Inflationserwartungen voraus. Um entsprechende Risikozuschläge auf die Zinsen zu minimieren, ist Vertrauen in eine dauerhafte Stabilitätsorientierung der Geldpolitik erforderlich. Im Zuge der Internationalisierung der Finanzmärkte hat die Rationalität der Anleger in bezug auf diese Zusammenhänge eher zugenommen. „Sanktionen“ für eine inflationsträchtige Wirtschaftspolitik fallen schärfer aus als früher, weil es über die zinssteigernde Zurückhaltung bei Finanzinvestitionen in der inflationsgefährdeten Währung hinaus verstärkt zu Umschichtungen von Anlagen in andere Währungen kommt. Dies führt zu ausgeprägten Abwertungen und zu einer Verstärkung des Preisauftriebs, wie beispielsweise im vergangenen Jahr in Italien. Gerade die stärker antizipierenden Finanzmärkte engen offensichtlich in einer Reihe von Ländern den Spielraum für Zinssenkungen durch die Zentralbanken nach wie vor ein.

Viele der Überlegungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind seit langem diskutiert und namentlich den europäischen Regierungen nahegebracht worden. Dies galt bereits für den ersten Beschäftigungsgipfel. Aber auf europäischer Ebene bzw. von den Regierungen einzelner EU-Länder sind auch seither Regulierungen und Maßnahmen beschlossen worden, die einer Förderung der Beschäftigung insgesamt geradezu entgegengerichtet sind.

Arbeitslosigkeit ist immer ein besonders gefährlicher Feind des Freihandels. Vor dem Hintergrund zunehmender Sorgen in den Industrieländern, daß im Zuge der weltwirtschaftlichen Globalisierungstendenzen Arbeitsplätze verloren gehen, betonen die G7-Staaten die Chance für Mehrbeschäftigung und Wohlstand, die ein liberaler Außenhandel bietet. Aus der auf dem Gipfel konstatierten Koinzidenz von Globalisierung und zunehmender Arbeitslosigkeit werden aber verschiedentlich auch Forderungen nach „fairem“ Handel und ökologischen und sozialen Mindeststandards erhoben. Während namentlich die Bundesregierung unter letzterem die Beseitigung von Kinder- und Zwangsarbeit versteht, gehen die Forderungen anderer Länder weit darüber hinaus. Mit den französisch-amerikanischen Bestrebungen, nach den ökologischen auch die Arbeitsstandards auf die Agenda der Welt Handelsorganisation zu bringen, dürften nicht zuletzt protektionistische Intentionen verfolgt werden.

Alles in allem gehen die Vorstellungen über den geeigneten Weg zu mehr Beschäftigung unter den G7 erheblich auseinander. Dabei war eine Neigung zu Interventionismus und zu – sozial bzw. ökologisch verbrämtem – Protektionismus auch auf dem Beschäftigungsgipfel virulent. Vor diesem Hintergrund ist es gewiß kein Manko, daß in Lille, der allgemeinen Gipfeltradition der G7 gemäß, Programme oder auch nur Maßnahmen nicht beschlossen wurden. Dauerhafte beschäftigungsfördernde Veränderungen zu schaffen, bleibt vornehmlich eine nationale Aufgabe. Im Wettbewerb beschäftigungspolitischer Therapien wird am ehesten deutlich werden, welches die besseren Lösungen für die drückenden Arbeitsmarktprobleme sind.